



Antje Tillmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Berlin, 30. November 2010
Redaktion: Johannes Nehlsen

Antje Tillmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77019
Fax: +49 30 227-76497
antje.tillmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Erfurt:
Brühler Straße 4
99084 Erfurt
Telefon: +49 361 643 19 67
Fax: +49 361 644 78 59
antje.tillmann@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Weimar:
Erfurter Straße 12
99423 Weimar
Telefon: +49 3643 850 582
Fax: +49 3643 850 582

Mitglied im Finanzausschuss

**Mitglied im
Vermittlungsausschuss**

**Stellv. Mitglied im
Haushaltsausschuss**

Tillmann: Bund zahlt zukünftig Monatskarte für bedürftige Schüler ab Klasse 10

Arbeitsministerin von der Leyen hat angekündigt, Fahrtkosten für bedürftige Schüler ab der 10. Klasse zu weiterführenden Schulen zu übernehmen. Dazu soll das Bildungspaket aufgestockt werden.

„Dies ist für bedürftige Familien in Erfurt eine sehr gute Nachricht“, erklärt die CDU-Bundestagsabgeordnete Antje Tillmann. „Gerade vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierungen ist die Aufstockung ein deutliches Signal, dass die Koalition bei allen Sparanstrengungen die Kommunen im Blick hat.“

Für die geplante Aufstockung nimmt der Bund noch einmal 40 Millionen Euro zusätzlich in die Hand.

Die bisher im Bildungspaket für Fahrtkosten eingeplante Summe reichte in vielen Kommunen nicht aus, um eine komplette Monatskarte zu bezahlen. „Die Aufstockung ist deshalb ein logischer Schritt“, meint die Bundestagsabgeordnete. „Für Erfurter Kinder und Kinder aus dem Umland darf der Besuch einer weiterführenden Schule nicht an den Kosten einer Fahrkarte scheitern.“

In Erfurt entstünde durch die Übernahme der Kosten durch den Bund an einer weiteren Stelle Einsparpotential für die Stadt. Heute übernimmt Erfurt die vollen Fahrtkosten für Schüler mit Sozialticket. Nach den Plänen der Bundesregierung würde zukünftig der Bund diese Kosten übernehmen. Bereits die bisher geplanten Maßnahmen des Bildungspaketes könnten der Stadt bis zu zwei Millionen Euro Einsparungen bringen.

Zusätzlich ist geplant, die Kosten auch für die geringverdienenden Familien zu übernehmen, die unter den Kinderzuschlag fallen.